

Österreich ist sanierbar. Wenn man will.

Der Staat nimmt so viel ein wie kaum zuvor und macht trotzdem Milliardenverluste. Die Schulden steigen, obwohl Österreich längst wieder unter die Drei-Prozent-Defizitgrenze kommen soll. Muss das so sein? Nein. Eine Modellrechnung bis 2050 zeigt: Der Staat könnte gleichzeitig seine Schuldenquote massiv senken, Arbeit und Investitionen entlasten und seine Kernleistungen sichern. Dafür müsste die Politik allerdings etwas tun, das sie seit Jahrzehnten vermeidet: Strukturen verändern.

Von Jürgen Anderle | Österreich 2050, Teil 2

Österreich hat ein bemerkenswertes Kunststück vollbracht.

Der Staat kassiert Steuern und Sozialabgaben in Höhe von 44,3 Prozent der Wirtschaftsleistung. Trotzdem gab er 2025 rund 283 Milliarden Euro aus und nahm nur rund 261,5 Milliarden Euro ein. Das Defizit betrug 21,5 Milliarden Euro, die Staatsschuld rund 418 Milliarden Euro beziehungsweise 81,5 Prozent des BIP.

Man könnte daraus schließen, Österreich brauche höhere Steuern.

Man könnte allerdings auch eine unangenehmere Frage stellen: Wie viel Staat kann sich Österreich eigentlich leisten?

Denn selbst der derzeit beschlossene Konsolidierungskurs löst das Problem nicht. Bis 2031 soll das Defizit zwar auf 2,9 Prozent des BIP sinken. Gleichzeitig steigt die Staatsverschuldung nach dem aktuellen Budgetpfad auf rund 525 Milliarden Euro beziehungsweise 85 Prozent des BIP. Die Staatsausgabenquote liegt dann immer noch bei 53,8 Prozent.

Österreich könnte also Europas berühmte Drei-Prozent-Grenze wieder einhalten und trotzdem immer tiefer in die Verschuldung rutschen.

Das ist der Punkt, an dem aus einem Budgetproblem ein Strukturproblem wird.

Die 49 Milliarden, die gar nicht gestrichen werden müssen

Die radikale Zahl meines Reformmodells lautet 9,57 Prozentpunkte.

So weit müsste die Primärausgabenquote von heute 53,57 Prozent auf 44 Prozent des BIP bis 2038 sinken. Auf Basis der Wirtschaftsleistung von 2025 entspricht diese Differenz rund 49 Milliarden Euro.

Das klingt nach Kettensäge. Ist es aber nicht.

Niemand schlägt vor, dem österreichischen Staat 49 Milliarden Euro aus seinem heutigen Budget herauszuschneiden. Das wäre weder politisch realistisch noch volkswirtschaftlich sinnvoll.

Der entscheidende Mechanismus ist ein anderer: Die Wirtschaft muss künftig schneller wachsen als die Staatsausgaben.

2038 könnten die Primärausgaben im Modell sogar bei rund 337 Milliarden Euro liegen. Das wären etwa 62 Milliarden Euro mehr als 2025. Trotzdem wäre ihre Quote an der Wirtschaftsleistung auf 44 Prozent gesunken.

Österreich muss seinen Staat nicht kaputtsparen. Es muss aufhören, ihn schneller wachsen zu lassen als jene Wirtschaft, die ihn finanziert.

Wo die Reform wirklich weh tut

Damit ist das Problem allerdings noch nicht gelöst. Denn eine Ausgabenquote sinkt nicht durch PowerPoint-Präsentationen. Sie sinkt nur, wenn konkrete Strukturen verändert werden. Und damit landet man ziemlich schnell bei jenen Bereichen, über die österreichische Regierungen seit Jahrzehnten vorzugsweise Kommissionen einsetzen.

Pensionen

Der größte einzelne Hebel liegt dort, wo die Demografie ohnehin keine Rücksicht auf Wahltermine nimmt.

Pensionsleistungen entsprachen 2025 rund 15,9 Prozent des BIP. Das Reformmodell sieht deshalb vor, das Regelpensionsalter langfristig an die steigende Lebenserwartung zu koppeln, Frühpensionen versicherungsmathematisch konsistenter zu gestalten und Weiterarbeit nach Erreichen des Pensionsalters attraktiver zu machen.

Keine rückwirkende Kürzung bestehender Pensionen. Keine pauschale Gleichbehandlung körperlich schwerer Erwerbsbiografien mit allen anderen. Aber auch keine Illusion, dass eine alternde Gesellschaft immer länger Pension beziehen kann, ohne dass jemand dafür bezahlt.

Gesundheit

Österreich gibt viel Geld für Gesundheit aus und unterhält gleichzeitig eine im internationalen Vergleich stark stationär geprägte Versorgung.

Das Reformziel lautet deshalb nicht: Krankenhäuser zusperren. Es lautet: ambulant vor stationär, aber in der richtigen Reihenfolge.

Zuerst Primärversorgung, ambulante Fachversorgung, Personal und Finanzierung aufbauen. Erst dann stationäre Kapazitäten reduzieren. Sonst wird aus einer vermeintlichen Reform lediglich schlechtere Versorgung oder eine Kostenverschiebung.

Föderalismus

Hier wird es österreichisch.

Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung finanzieren Leistungen gemeinsam, bestellen Leistungen gegenseitig und transferieren Milliarden untereinander. Am Ende weiß der Bürger häufig nicht mehr, wer verantwortlich ist.

Das Reformprinzip könnte kaum einfacher sein: Wer entscheidet, muss auch bezahlen.

Wenn der Bund einem Land weniger überweist und das Land dieselbe Ausgabe anschließend selbst bezahlt, wurde kein Cent gespart. Das Reformmodell verbietet deshalb ausdrücklich, solche Verschiebungen als Einsparung zu verkaufen.

Verwaltung und Förderungen

Auch hier lautet das Konzept nicht: jeden zehnten Beamten entlassen.

Polizei, Justiz, Pflege, Gesundheit und Unterricht werden ausdrücklich von pauschalen Personalabbauzielen ausgenommen. Gespart werden soll vor allem bei Doppelstrukturen, Backoffice und Verwaltung. Gleichzeitig bietet die Pensionierungswelle im öffentlichen Dienst die Möglichkeit, Stellen über natürliche Fluktuation abzubauen, statt Menschen hinauszuerwerfen.

Bei Förderungen wird die Beweislast umgekehrt. Nicht die Abschaffung einer Förderung soll künftig begründet werden müssen, sondern ihre Fortsetzung. Diskretionäre Programme bekommen grundsätzlich ein Ablaufdatum. Wer sie verlängern will, muss ihre Wirkung nachweisen.

Und dann kommt die Steuerentlastung

Hier unterscheidet sich das Reformmodell von einem klassischen Sparpaket.

Das Ziel besteht nicht darin, dem Staat Geld wegzunehmen und es anschließend irgendwo anders wieder auszugeben.

Parallel zur sinkenden Ausgabenquote soll die modellierte Abgabenquote von heute 44,3 auf 40 Prozent zurückgehen. Die Entlastung wird allerdings nicht vorab verschenkt. Sie wird verdient.

Eine Steuerentlastungsstufe tritt erst in Kraft, wenn die entsprechende strukturelle Reformwirkung tatsächlich nachgewiesen wurde und der Schuldenpfad weiterhin stimmt.

Nicht mehr: Wir senken heute Steuern und hoffen, dass irgendwann Reformen folgen. Sondern: Wir reformieren zuerst. Und sobald die Einsparung tatsächlich da ist, geben wir einen Teil davon an Bürger und Wirtschaft zurück.

Bis 2038 lautet das Doppelziel deshalb: 44 Prozent Primärausgabenquote. 40 Prozent Abgabenquote. Und ab diesem Punkt beginnt die eigentliche Entschuldung.

Von 81,5 auf 40 Prozent Schuldenquote

Das langfristige Ziel ist ambitioniert: Österreichs Staatsschuldenquote soll von 81,5 Prozent im Jahr 2025 auf höchstens 40 Prozent im Jahr 2050 sinken.

Nicht durch Inflationstricks. Nicht durch einen erfundenen Wirtschaftsboom. Und nicht dadurch, dass man Probleme aus dem Bundesbudget in Länder, Gemeinden oder ausgelagerte Gesellschaften verschiebt.

Das Modell arbeitet langfristig mit rund 1,5 Prozent realem Trendwachstum und führt zusätzlich einen konservativeren Stresspfad von nur 1,2 Prozent. Die 1,5 Prozent sind ausdrücklich keine Prognose oder staatliche Garantie, sondern eine Szenarioannahme.

Auch das ist wichtig. Denn Reformprogramme scheitern erstaunlich häufig bereits in Excel. Man nimmt ein bisschen mehr Wachstum, ein bisschen niedrigere Zinsen, ein bisschen höhere Steuereinnahmen und stellt anschließend fest, dass die eigene Politik hervorragend funktioniert.

Österreich 2050 versucht bewusst das Gegenteil: Keine Zahl ohne Herkunft. Kein Reformeffekt ohne Nachweis.

Das eigentliche Problem sitzt nicht im Taschenrechner

Nach 27 Seiten Reformprogramm bleibt deshalb eine überraschend einfache Erkenntnis.

Österreichs finanzielle Probleme sind lösbar.

Nicht schmerzfrei. Nicht in einer Legislaturperiode. Und schon gar nicht dadurch, dass irgendein Finanzminister im Dezember eine weitere Milliarde quer durch sämtliche Ressorts kürzt.

Aber lösbar.

Der Staat muss dafür weder seinen Sozialstaat abschaffen noch Schulen, Polizei, Krankenhäuser oder Pflege kaputtsparen. Er muss etwas Schwierigeres tun: Prioritäten setzen. Zuständigkeiten klären. Fehlanreize beseitigen. Pensionen demografiefest machen. Verwaltung vereinfachen. Förderungen hinterfragen. Und vor allem aufhören, jede Reformwirkung mehrfach zu verbuchen.

Das ist keine ökonomische Revolution. Es ist eigentlich ziemlich banale Haushaltsführung.

Und vielleicht liegt genau darin das Problem.

Denn Österreich fehlt es nicht an Studien, Rechnungshofberichten, OECD-Empfehlungen oder Expertenkommissionen. Es fehlt auch nicht an Geld.

Was seit Jahrzehnten fehlt, ist die Bereitschaft, aus Erkenntnissen Konsequenzen zu ziehen.

Das Reformprogramm Österreich 2050 behauptet deshalb nicht, die Zukunft auf zwei Kommastellen berechnen zu können. Sein Maßstab ist ein anderer: Der Staat soll Fehlentwicklungen erkennen, Reformwirkungen messen und die Schuldenlast tatsächlich reduzieren, statt Kosten lediglich zu verstecken oder weiterzureichen.

Können wir Österreich sanieren?

Ja.

Die Zahlen sprechen dafür. Die Instrumente sind bekannt. Die Zeit wäre vorhanden.

Was bislang fehlt, ist der politische Wille.

Vollständiges Reformprogramm: „Österreich 2050 | Teil 2 - Reform“, Publikationsfassung, Stand 6. September 2026. [Report als PDF öffnen / herunterladen](#) | Der Report enthält Modelllogik, Quellen, Maßnahmenblöcke, Rechtsfahrpläne und Kontrollmechanismen im Detail.